Rückblick auf die Entwicklung des Gefängniswesens und Strafvollzuges im deutschen Reiche.

Von Direktor Streng in Nürnberg.

Es ist nicht durchgängig das Gefühl der Befriedigung, welches ein Rückblick auf die Entwicklung des Gefängniswesens und Strafvollzuges im deutschen Reiche hervorruft. Die auf andern Gebieten des öffentlichen Lebens so thätige Reichsgesetzgebung ist hier zum Stillstand gekommen und scheint auf die längst versprochene Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafen zu verzichten. Die Bundesregierungen haben diesen wichtigen Teil des Strafrechts theils selbständig nach eignen Heften geordnet, theils in Erwartung des Vorgehens der Reichsgesetzgebung seine Ordnung noch gar nicht in Angriff genommen. Bis zur Stunde finden sich Hausordnungen für Gefängnisse und Strafanstalten in Kraft, die vom R.St.G.B. noch keine Notiz genommen haben. Wilde Ideen von der Nothwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung des Strafsystems tauchen auf und wenn solche Ideen auch von jedem Zusammenhang mit der historischen Entwicklung des Strafrechts abgelöst und augenscheinlich undurchführbar sind, so verwirren sie doch die Geister und bleiben nicht ohne üble Wirkung auf die Entwicklung des Strafvollzugs und Gefängniswesens.

Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf über gesetzliche Regelung der Freiheitsstrafe scheiterte an der Systemfrage oder richtiger dem diese Frage bedingenden Kostenpunkt. Einzelhaft sollte nach dem von sachkundiger Feder ¹⁾ so vortrefflich geschilderten belgischem Muster herrschendes System werden, Zuchthaus und Gefängnisstrafe mit Einzelhaft beginnen; Rückfällige waren nicht ausgenommen, bei gemeinsamer Haft Einzelzellen zur nächtlichen Trennung der Sträflinge vorgeesehen. Die zur baulichen Durchführung dieses Systems erforder-

¹⁾ Das belgische Gefängniswesen, ein Beitrag zu den Vorarbeiten für die Gefängnisreform in Preußen von Geh. Oberjustizrat W. Starke. Berlin 1877. Verlag von Th. Ehr. Fr. Enslin.

lichen Millionen aufzubringen, blieb den Bundesregierungen überlassen. Einer solchen Reform des deutschen Gefängniswesens stellen sich nicht allein finanzielle Schwierigkeiten in den Weg. Es ist auch der Umschwung in den Ansichten über die Wirkungen der Einzelhaft und die ausschließliche Verechtigung des Besserungszweckes im Strafvollzug zu beachten. Selbst im Lande der Mustergefängnisse sind die Ergebnisse konsequent durchgeführter Einzelhaft nicht so glänzend. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie Beltrani-Scalia's²⁾ beruht die von offiziellen Stimmen in Belgien behauptete erhebliche Abnahme des Gefangenenstandes auf künstlichen Zusammenstellungen, wobei es nicht immer sehr genau genommen wurde. Die Kriminalität ist in den letzten Jahren in Belgien wie bei uns erheblich gestiegen. Den eisernen Bestand der Gewohnheitsverbrecher wird keins der modernen Strafvollzugssysteme aus den Strafanstalten herausbringen. Kostspielige Gefängnisbauten lohnen sich hier nicht. Dieser Gesichtspunkt wurde bei Beratung des Entwurfs von Sachverständigen vergeblich hervorgehoben. Hätte man sich auf Feststellung der für Zellengefängnisse wichtigsten Raumverhältnisse und Flächenmaße beschränkt, so ständen wir einer praktischen Lösung der Systemfrage näher. Auch ohne Protektion durch Reichsgesetz gewinnt Einzelhaft in Deutschland von Jahr zu Jahr mehr Boden. Inhaltlich der Statistik der zum Ressort des preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Straf- und Gefangenanstalten waren im Jahre 1879/80 zur Isolierung bei Tag und Nacht 4052 Einzelzellen vorhanden gegen 3788 im vorangegangenen Jahr. Die Hunderte von Zellen des dem Justizministerium unterstellten großartigen neuen Strafgefängnisses am Plözensee und des Zellengefängnisses in Hannover sind hier nicht mitgezählt. In Schweidnitz, Flensburg, Rassel und Herford sind neue Zellengefängnisse im Bau und zum Teil zur Eröffnung fertig gestellt. Dazu kommt das jüngst eröffnete Untersuchungsgefängnis in Moabit mit 500 Zellen. In Baden wurde im Jahre 1879 ein neues Zellengefängnis in Freiburg eröffnet. In Bayern wurden in den letzten Jahren kleinere Gefängnisse nach panoptischem System mit Einzelzellen und Räumen für gemeinsame Haft errichtet. In Württemberg sind die Vorarbeiten für Erbauung eines neuen Zellengefängnisses im Gange. Die Vorzüge der Einzelhaft gegenüber der gemeinsamen Haft

²⁾ Die belgische Zellenhaft und deren Erfolge. Ein Votum aus Italien, für Deutschland übertragen und mitgeteilt von Prof. J. S. (Leipzig 1880, Kommissionsverlag von Wilhelm Friedrich.)

sind in Deutschland allgemein anerkannt; stehen einmal die Zellengefängnisse zum Vollzuge erstmals erkannter Strafen, so sind die wichtigsten Forderungen der Reform des Gefängniswesens erfüllt. Je nach der Anlage eines Isoliergefängnisses lassen sich bei längeren Freiheitsstrafen die unbestreitbaren Vorzüge eines progressiven Strafvollzugs damit verbinden. In Deutschland bleibt der Sieg der Einzelhaft unbestritten und die Zukunft gehört diesem System.

Gesetzliche Regelung des Strafvollzugs war eine Zeitlang ein Schlagwort und teilte als solches das Schicksal aller Schlagwörter, der verschiedenartigsten Auffassung und Deutung zu unterliegen. Gesetzliche Regelung des Strafvollzugs wurde gefordert im Namen des obersten Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetze, womit Begünstigungen und Privilegien unvereinbar sind. Diskretionäres Ermessen der Strafvollzugsbehörden sollte beseitigt und der Strafvollzug bis in seine Einzelheiten durch den starren Buchstaben des Gesetzes vorgeschrieben werden. Gesetzliche Regelung des Strafvollzugs wurde auch vom entgegengesetzten Gesichtspunkt aus gefordert, weil die gleiche Behandlung aller Gefangenen ungesetzlich und gegen allzu scharfe Handhabung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetze Ordnung des Strafvollzugs durch Gesetz eine bessere Garantie sei als diskretionäres Ermessen der Behörden. Von Anfang fehlte es auch nicht an Stimmen, welche jeden über das St.G.B. hinausgehenden Versuch einer gesetzlichen Regelung des Strafvollzugs als undurchführbar und praktisch ohne Wert erklärten. Diese Ansicht wird durch den im Schoße des Bundesrats begrabenen Entwurf teilweise bestätigt. Wird von der Systemfrage und der Ordnung der Disziplinarbefugnisse der Strafvollzugsbehörden abgesehen, so bleiben allgemeine Grundsätze, die durch die moderne Kultur gesichert, Einkleidung in ein Gesetz nicht bedürfen. Dahin gehören die Bestimmungen über Beschäftigung, Verköstigung, Erholung, Unterricht und Arbeitsverdienst der Sträflinge; Bestimmungen, die in ihrer Allgemeinheit überall gültig und selbstverständlich in den verschiedenen Hausordnungen doch erst wieder in einer die Überwachung des Vollzugs ermöglichenden Weise im einzelnen geregelt werden müßten. Die leibliche Verpflegung der Gefangenen ist im deutschen Reich so ziemlich nach gleichen Grundsätzen durchgeführt. Nach der Statistik des preussischen Ministeriums des Innern betrug der Aufwand für die persönlichen Bedürfnisse der Gefangenen im Jahre 1879/80 durchschnittlich 167 Mark 12 Pfennige gegen 178 Mark 7 Pfennige im Vorjahr; in Württemberg inhaltlich

des Berichtes des Justizministers über die Verwaltung der Strafanstalten im gleichen Jahr 184 Mark 30 Pf. In den preussischen Strafanstalten kamen im Jahr 1879/80 auf den durchschnittlichen Gefangenenstand 2,73 Prozent, in den württembergischen Strafanstalten 3,01 Prozent Todesfälle. Hier wie dort bietet die Verpflegung den Gefangenen das zur Erhaltung von Leben und Gesundheit Notwendige. Ein erheblicher Unterschied besteht noch in den Disziplinarbefugnissen der Strafvollzugsbehörden. In den süddeutschen Staaten ist körperliche Züchtigung als Disziplinarstrafe abgeschafft, in Preußen unter bestimmten Voraussetzungen gegen männliche Zuchthaussträflinge zulässig. Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Disziplinarstrafe sind allerdings auch in Preußen die Ansichten der Praktiker geteilt. Ausweislich der Statistik des preussischen Ministeriums des Innern kam diese Disziplinarstrafe im Jahre 1879/80 in vielen Anstalten gar nicht und im ganzen nur in 170 Fällen zur Anwendung, welche 0,80 Prozent der gegen männliche Zuchthaussträflinge überhaupt erkannten Disziplinarstrafen ausmachen. Im Jahre 1877/78 wurde nur in 102 Fällen auf körperliche Züchtigung erkannt. Die erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre kann durch Zunahme schwerer Disziplinarfälle, sie kann aber auch nur theoretisch motiviert sein; die Statistik schweigt hierüber. Ob der Entwurf des Reichsgesetzes in unveränderter Gestalt jemals wieder zum Vorschein kommen wird, mag billig bezweifelt werden; einheitliche Regelung der Disziplinalgewalt der Strafvollzugsbehörden bildet aber ein wesentliches und wichtiges Attribut einheitlicher Strafrechtspflege und auf die Dauer wird sich die Reichsgesetzgebung der Gewährung dieser Forderung nicht entziehen können.

Das System der Freiheitsstrafen hat sich im Lauf des Jahrhunderts vereinfacht und strebt unverkennbar nach weiterer Vereinfachung. Nach Wegfall der für die schwersten Arten der Freiheitsstrafen früher charakteristischen Schärfungen und Beseitigung der großen Abstände des Strafrahmens haben wir thatsächlich nur zwei Arten von Freiheitsstrafen, mit und ohne Arbeitszwang, daneben durch den Ort des Strafvollzugs scharf geschieden, Festungshaft als *custodia honesta*. Die Dreiteilung der Freiheitsstrafe im R.St.G.B. mag theoretisch gerechtfertigt sein, im Vollzug werden sich kurze Gefängnisstrafen nicht von Haft und lange Gefängnisstrafen nicht vom Zuchthaus unterscheiden. Der gesetzliche Unterschied zwischen bedingtem und unbedingtem Arbeitszwang steht mit Ausnahme vereinzelter

Fälle nur auf dem Papier. In kleinen Gefängnissen erfreuen sich Gefängnis- und Haftsträflinge meist der gleichen unfreiwilligen Muße und in den großen mit eigener Verwaltung versehenen Gefängnissen (Landesgefängnisse, Gefangenenanstalten) werden die Sträflinge wie im Zuchthause zu den in der Anstalt eingeführten Arbeiten angehalten, weil andre Arbeit nicht zu beschaffen ist. Für Gestaltung der Beschäftigung der Sträflinge sind neben den Rücksichten auf die Disziplin vorwiegend volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, die zur Erleichterung der Staatskassen möglichst einträgliche Verwertung der verfügbaren Arbeitskräfte anstreben. Zwangsarbeit, die als reine Strafarbeit von jedem Gewinn abzieht, ist in deutschen Strafanstalten wohl nirgends eingeführt. Nachhaltige Beschäftigung der Gefangenen hat mit eigenartigen Schwierigkeiten zu kämpfen; sie läßt sich in kleinen Gefängnissen nicht leicht durchführen und gestattet in großen Anstalten selten die im Interesse der Sträflinge wünschenswerte Mannigfaltigkeit. Festungshaft ist in wahlweiser Anwendbarkeit auf bestimmte Reate beschränkt, die damit den in unserer Zeit unbestimmbaren Begriff politischer Reate erschöpfen. Allzugroße Beschränkung der Festungshaft und der Umstand, daß bei dem etwas künstlichen Zuschnitt der Gefängnisstrafe Theorie und Praxis sich nicht immer deckten, riefen gleich nach Einführung des R.St.G.B. heftige Klagen hervor, die, im Augenblick verstummt, sich wiederholen werden, wenn die Gegensätze auf dem Gebiet der inneren Politik sich verschärfen und zu Konflikten mit dem Strafgesetz führen sollten, deren Ahndung an achtbaren Autoren das Rechtsgefühl unserer Zeit einmal nicht auf gleiche Stufe mit Bestrafung gemeiner Angriffe gegen Personen und Eigentum gestellt wissen will. Jeder Versuch, den Vollzug der Gefängnisstrafe durch Gesetz oder Verordnung zu regeln, wird auf diese in dem System des St.G.B. liegenden Schwierigkeiten stoßen, die, wie auch bei Beratung des Entwurfs über den Vollzug der Freiheitsstrafen anerkannt wurde, sich nur durch Änderung des St.G.B. und Gestattung größeren Spielraums bei Anwendung der Festungshaft beseitigen lassen.

Von den zur Regelung des Strafvollzugs von den Bundesregierungen erlassenen Verordnungen behandelt das vom kgl. preussischen Justizministerium unterm 16. März 1881 erlassene Reglement in sechs Kapiteln die Ordnung in den Gefängnissen, die bauliche Herstellung und Ausstattung der Gefängnisse, Arbeitsverdienst, Haft und Verpflegungskosten der Gefangenen und die Berichterstattung in An-

gelegenheiten der Gefängnisverwaltung; das Reglement, im wesentlichen eine Kodifikation früherer Vorschriften, fand eine praktische Ergänzung durch das von Oberstaatsanwalt Dalcke und Staatsanwalt Genzmer in Marienwerder herausgegebene Handbuch der Strafvollstreckung und Gefängnisverwaltung in Preußen. (Berlin 1881, Verlag von H. W. Müller.) Das Handbuch soll Richtern und Staatsanwälten auf diesem Gebiete amtlicher Thätigkeit zur leichteren Orientierung dienen und hat diese Aufgabe in mustergültiger Weise gelöst. Das Gefängniswesen bildet für die Staatsverwaltung eine wichtige Aufgabe, deren materielle Bedeutung im Budget sich spiegelt. Die Bewältigung dieses Zweiges der Verwaltung greift aus dem Gebiete der Justizverwaltung hinaus in finanzielle und volkswirtschaftliche Gebiete und umfaßt bei teilweisem Widerstreit der dadurch berührten Interessen manche Probleme, für welche eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden ist. Bei seiner organischen Entwicklung und allmählichen Erweiterung ist das Gefängniswesen mit dem Verwaltungsmechanismus der Einzelstaaten vielfach verwachsen. Versuche organisatorischer Änderung stoßen oft auf unüberwindliche sachliche, mitunter auch persönliche Schwierigkeiten. Diese Erfahrung wiederholte sich bei Beratung des Gesetzentwurfs über den Vollzug der Freiheitsstrafen. Der Entwurf hatte gemeinsame Organisation und oberste Leitung der Strafanstalten durch die Landesjustizverwaltungen vorgeschlagen. Der Versuch scheiterte an der Hartnäckigkeit, womit die unter sich grundverschiedene Organisation der Einzelstaaten festgehalten wurde; so blieb es überall beim Alten und jeder weitere Versuch der Herbeiführung einheitlicher Organisation wird, wenigstens für die nächste Zukunft, an der gleichen Klippe scheitern. Die fragmentarischen Bestimmungen des St.G.B. werden wohl auf geraume Zeit hinaus die gemeinsame, für ein einheitliches Rechtsgebiet einseitiger Umgestaltung nur allzufähige Grundlage der weiteren Entwicklung des Gefängniswesens und Strafvollzugs im deutschen Reiche bleiben.

Das preußische Reglement vom 16. März 1881 erstreckt sich auf die der Justizverwaltung unterstellten Gefängnisse und enthält erläuternde Vorschriften über den Vollzug der Untersuchungshaft, Gefängnis- und Haftstrafen. Unberührt bleibt der Vollzug der Zuchthausstrafe, weil alle zum Vollzug derselben dienenden Anstalten unter dem Ministerium des Innern stehen. Das Zuchthaus hat in Deutschland eine zweihundertjährige Geschichte; es hat sich, wenn auch außerhalb des Bodens gleicher Gesetzgebung, doch unter dem bestimmenden

Einfluß gleicher Anschauungen über die ihm zukommende Aufgabe entwickelt, und zeigte bei der solchen Einrichtungen natürlichen Stabilität schon vor Einführung des R.St.G.B. nur geringe Unterschiede in seiner Gestaltung. Natürliche Gleichmäßigkeit findet sich beim Vollzuge der Haftstrafe, die als einfachste Form der Freiheitsentziehung den Lebensverhältnissen des Eingesperrten sich möglichst anzupassen hat. Schwierig bleibt die Regelung des Vollzugs der Gefängnisstrafe. Das preussische Reglement sucht die in der gesetzlichen Gestaltung dieser Strafart für den Vollzug sich ergebenden Schwierigkeiten durch bedeutende diskretionäre Befugnisse zu beseitigen, welche dem Vorsteher des Gefängnisses eingeräumt sind. Der Gefängnisvorsteher hat darüber zu entscheiden, ob die zugewiesene Beschäftigung den Verhältnissen und Fähigkeiten des Gefangenen angemessen ist; er kann Gefangene von den sog. Hausarbeiten entbinden, die Dauer der täglichen Arbeitszeit und den Umfang der Arbeitsaufgabe für einzelne Gefangene verkürzen, Gefangene von jeder Beschäftigung dispensieren, und kann, was wohl die weitgehendste der ihm übertragenen Befugnisse bildet, Gefangene, gegen welche nicht gleichzeitig auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist, ihre eigene Kleidung und Wäsche belassen, sofern dieselbe ausreichend, reinlich und ordentlich ist. Die Kleiderordnung ist der wichtigste Punkt im Vollzug der Gefängnisstrafe. Die Sträflingsjacke, womit in einzelnen Gefangenenanstalten auch das Abschneiden der Haare und des Bartes hausordnungsmäßig verbunden ist und die Befugnis, in den eignen Kleidern von der Scheere des Gefängnisbadens verschont zu bleiben, sind Variationen, die sich mit dem Begriffe einer und derselben Strafart schwer verbinden lassen. Hier zeigt das St.G.B. eine Lücke, hier machen sich die fühlbarsten Ungleichheiten im Strafvollzug auf einheitlichem Rechtsgebiet ungestört breit. Die Sträflingskleidung ist die Uniform der Schande, beschimpft aber nur den, der sie verdient; wird sie Gefangenen angelegt, die an Achtung und Ehre unverletzt das Gefängnis wieder verlassen, so fällt die Schande nicht auf den Gefangenen, sondern die verkehrte Einrichtung, die solche Widersprüche schafft. Der demütigende Akt der Einkleidung im Gefängnis ist für den Verurteilten eine capitis diminutio im vollsten Sinne des Wortes und soll es auch sein. Es ist ein Schimpf, den der Verurteilte erleidet und der an seiner Person haften bleibt, wenn Hand an ihn gelegt und seine äußere Erscheinung mitunter bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet wird. Den Vollzug einer Gefängnisstrafe

in dieser schimpflichen Form anzuordnen, sollte nicht dem diskretionären Ermessen des Gefängnisvorstehers, sondern dem Richter zustehen; es handelt sich hier nicht um eine mehr oder weniger gleichgültige Mobilität des Vollzugs, sondern um eine ganz charakteristische, die Persönlichkeit des Verurteilten herabwürdigende Schärfung der Strafe. Bei Ausmessung der Strafe ist es daher für den Richter unbedingt notwendig, zu wissen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Vollzug der Gefängnisstrafe in dieser beschimpfenden Form einzutreten habe. Bei dem ungeheuren, von 1 Tag bis 15 Jahren sich ausdehnenden Rahmen der Gefängnisstrafe muß die Grenze zwischen leichtem und schwerem Gefängnis gefunden werden. Thatsächlich bildet in den Amtsgerichtsgefängnissen beim Vollzuge der Gefängnisstrafe das Tragen der eignen Kleider die Regel, in den mit eigener Verwaltung ausgerüsteten Gefängnissen (Landesgefängnisse, Gefangenenanstalten) die Ausnahme. In diesen Anstalten verbieten nicht selten schon Rücksichten auf Disziplin und Fluchtgefahr, Gefangene vom Anlegen der Hauskleidung zu entbinden, auch wenn sie sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte über ausreichende Kleidung verfügen. Man denke nur an Sträflinge, die kurz vor erreichtem 18. Lebensjahr wegen schwerer Verbrechen zu langjährigem Gefängnis verurteilt werden. Auf der andern Seite heißt es wirklich die Scheu vor dem Gefängnis und der Strafe abschwächen, wenn Gefangenenanstalten und Landesgefängnissen lediglich wegen der Dauer der erkannten Strafe Verurteilte überwiesen werden, die nach ihrer Persönlichkeit und der Natur ihres Vergehens das Niveau der gewöhnlichen Bevölkerung dieser Anstalten weit überragen. Die Linie zwischen leichtem und schwerem Gefängnis hat schon das R.St.G.B. gezogen, welches Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nur bei Gefängnisstrafen zuläßt, deren Dauer drei Monate erreicht. Anknüpfend an diese gesetzliche Bestimmung hatte der Entwurf über den Vollzug der Freiheitsstrafen den Vollzug der Gefängnisstrafen unter drei Monaten den Amtsgerichtsgefängnissen, den Vollzug längerer Gefängnisstrafen den Landesgefängnissen zugewiesen. Diese Zeitgrenze sollte für Gestaltung des Vollzugs der Gefängnisstrafe entscheidend bleiben. Beim Vollzug kürzerer Gefängnisstrafen sollte die Befugnis, die eignen Kleider zu tragen, allen Gefangenen zustehen, die sich im Besitze ausreichender Kleidung befinden; der Vollzug längerer Gefängnisstrafen von drei Monaten an Gefangenenanstalten (Landesgefängnissen) zustehen, das Anlegen der Hauskleidung in diesen Anstalten für alle Gefangene

obligatorisch, den Gerichten aber ähnlich wie solches das bayr. St.G.B. von 1861 vorgesehen, die Befugnis eingeräumt sein, auch längere Gefängnisstrafen bis zu einer gewissen Grenzen ausnahmsweise zum Vollzug Amtsgerichtsgefängnissen zu überweisen und so unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Verurteilten und der Natur seines Vergehens den Strafvollzug der beschimpfenden Form zu entkleiden.

Selbstbeköstigung ist bei dem Vollzuge der Gefängnisstrafe durch das preußische Reglement ausgeschlossen. Den Gefängnissträflingen ist nicht einmal gestattet, sich mit Geldmitteln, welche sie eingebracht oder andre für sie einbezahlt haben, zu der von der Gefängnisverwaltung verabreichten Kost sich noch Zusatznahrungsmittel zu kaufen. Diese Beschränkung wird bei striktem Vollzug leicht zu einer nicht zu rechtfertigenden Härte ausarten. Eine die verschiedenartigen Bedürfnisse zweckmäßiger Ernährung berücksichtigende Gefängnis-Küche kann unter allen Umständen das Verbot der Selbstbeköstigung rechtfertigen, nicht aber das Bedürfnis nach Zusätzen auf eigne Rechnung beseitigen. Darf jeder der bürgerlichen Ehrenrechte verlustige Gefängnissträfling aus dem ihm vom Staate bezahlten Arbeitsverdienst sich die durch die Hausordnung erlaubten Zusätze kaufen, so ist nicht abzusehen, warum Gefangene nicht aus eignen Mitteln sich solche Zusätze kaufen dürfen, wenn sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Verhältnisse von jeder zwangsweisen Beschäftigung dispensirt sind. Gerade bei solchen Gefängnissträflingen machte sich bisher die allzu große Beschränkung der Festungshaft am meisten fühlbar. Das Gefühl dieses Mißstandes wird gesteigert, wenn das Gefängnis dem Verurteilten Entbehrungen auflegt, die bei ausreichender Verköstigung zwar klein, aber weil sie gewöhnlichen Sträflingen nicht zugemutet werden, auch kleinlich bleiben und deshalb bitter empfunden werden.

Den gesetzlichen Begriff des mit der Gefängnisstrafe verbundenen Arbeitszwanges erläutert das preußische Reglement dahin, daß unter den Fähigkeiten und Verhältnissen der Gefangenen angemessenen Arbeiten nicht bloß solche zu verstehen sind, welche die Gefangenen schon früher gelernt und betrieben haben. Damit ist die Praxis sanktioniert, welche den Unterschied zwischen bedingtem und unbedingtem Arbeitszwang im großen und ganzen nicht anerkennt. Der Arbeitsbetrieb in Strafanstalten hat mit zu vielen eigenartigen Schwierigkeiten zu kämpfen, um nebenbei sich noch in künstlichen Unterscheidungen zu

versuchen. Bei der beschränkten Auswahl der Beschäftigungsweige, unter welcher jeder Arbeitsbetrieb in Strafanstalten zu leiden hat, kann nur der Arbeitszwang an sich, nicht aber die Art der auferlegten Beschäftigung, einen greifbaren Unterschied der Strafe bilden. Aufgabe der mit Leitung des Strafvollzugs betrauten Beamten bleibt es, die Beschäftigung auch für den Gefangenen nutzbringend zu gestalten und Härten zu vermeiden, die in der Verwendung von Gefangenen zu Arbeiten liegen, welche für sie augenscheinlich ungeeignet sind. Dieser Gesichtspunkt darf auch beim Vollzug der Zuchthausstrafe nicht unbeachtet bleiben. Ein charakteristischer Zug der Entwicklung des Strafvollzugs liegt in dem nach allen Richtungen hin stärker vortretenden selbständigen Wirken der mit Leitung des Strafvollzugs betrauten Persönlichkeiten. Die Einsicht und Initiative des Beamten ist für Erreichung aller mit der Strafe verbundenen wichtigen Nebenzwecke eine bessere Garantie als doktrinerne Instruktionen. Dies gilt auch von dem Ausgleich des alten Haders zwischen Gefängnisarbeit und freier Industrie. Die Gefängnisarbeit ist nicht allein zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Erleichterung der Staatskasse notwendig, sie ist auch volkswirtschaftlich gerechtfertigt, weil es geradezu eine Schädigung der wirtschaftlichen Aufgabe der Gesamtheit wäre, die in den Gefängnissen vorhandenen Arbeitskräfte ruhen zu lassen. Störend wirkt allerdings die unnatürliche Verschiebung der Arbeitskräfte, die zahlreich und aus Ursachen, die mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage nichts gemein haben, in den Strafanstalten sich ansammeln. Daraus entstehen Störungen in der natürlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Klagen über schädliche Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Diese zu Zeiten anhaltender Krisen auf dem industriellen Gebiete mit verstärkter Gewalt laut werdenden Klagen werden sich nie beseitigen, wohl aber durch einsichtsvolle Leitung der Beschäftigungsanstalten abschwächen lassen. Neuerdings hat sich der deutsche Handelstag mit dieser Frage befaßt. Die Beschlüsse der im Mai 1878 in Berlin zusammengetretenen Kommission¹⁾ sprachen sich gegen den in Norddeutschland in Verbindung mit dem System der Arbeiterverdingung eingeführten mehr oder weniger fabrikmäßigen Betrieb mit Dampfkraft aus, empfahlen das in Süddeutschland verbreitete System des eigenen Regiebetriebes, Herstellung von Bedarfsartikeln für öffentliche Zwecke in den Strafanstalten, und

¹⁾ Enquête des deutschen Handelstages über den Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb. Berlin 1878. Leonhard Simon.

fordern Schaffung selbständiger Strafanstalts-Kollegien, in welchen auch den Vertretern von Handel und Gewerbe Sitz und Stimme eingeräumt werden soll. Auch die Versammlung der deutschen Strafanstaltsbeamten in Bremen im Jahre 1880 befaßte sich mit dem Arbeitsbetrieb in Strafanstalten, erklärte sich gegen Leitung und Aufsichtigung der Gefangenen durch Privatpersonen und verlangte bei der Außenarbeit der Gefangenen strenge Überwachung, damit die Form der Unfreiheit gewahrt bleibe. Anknüpfend an die Beschlüsse des internationalen Gefängnis-Kongresses in Stockholm beleuchtete Strafanstaltsdirektor Strosser auf der Generalversammlung der rheinisch-westfälischen Gefängnis-Gesellschaft im Jahre 1879 das in neuester Zeit häufig wiederkehrende Verlangen nach Einführung der Deportation und Errichtung überseeischer Strafkolonien und bewies, gestützt auf sicher festgestellte Thatsachen und die Urtheile von Fachmännern, die Unhaltbarkeit dieser Forderungen. Auf der folgenden Generalversammlung sprach Geh. Oberjustizrat Starke über die Beschäftigung der Gefangenen mit landwirtschaftlichen Arbeiten und Errichtung landwirtschaftlicher Kolonien und erklärte nach eingehender Schilderung der auf diesem Gebiete in und außerhalb Deutschlands gemachten Versuche, die Errichtung solcher Kolonien für deutsche Verhältnisse undurchführbar, zeitweise Beschäftigung mit landwirthschaftlichen Arbeiten dagegen für gewisse Kategorien von Gefangenen und unter Beachtung bestimmter Voraussetzungen für empfehlenswert.

Adoption der das R.St.G.B. ergänzenden Bestimmungen des preuß. Reglements seitens der übrigen Bundesregierungen, so weit dies noch nicht geschehen, würde dringende Anforderungen gleichheitlicher Gestaltung des Strafvollzugs auf einheitlichem Rechtsgebiete einstweilen befriedigen und das Scheitern des Gesetzentwurfs über den Vollzug der Freiheitsstrafen verschmerzen lassen. Baldige Wiederaufnahme des Entwurfs ist nicht einmal wünschenswert. Die Gegenwart ist gesetzgeberischen Arbeiten auf strafrechtlichem Gebiet nicht günstig. Es muß der neu entflammte Streit über Strafzweck und Wirksamkeit des modernen Strafsystems erst zum Austrag kommen, bevor die Gestaltung des Strafvollzugs auf der dauernden Grundlage eines Reichsgesetzes aufgebaut wird. Was der deutschen Strafrechtspflege am meisten nothut, ist Ruhe in der Gesetzgebung und einheitliche Statistik. Das R.St.G.B. ist in den größeren deutschen Staaten die dritte durchgreifende Änderung der Strafgesetzgebung in unserm Jahrhundert. Jedes neue Strafgesetzbuch verschärfte die

Strafbarkeit der geringfügigen Angriffe gegen Person und Eigentum, das eigentliche Füllmaterial der Kriminalstatistik, und erweiterte zugleich den Umfang der vom Strafgesetze bedrohten Handlungen. Schon teilweise Änderungen der Strafgesetze verschieben und verwirren die Ziffern der Statistik und erschweren die zutreffende Vergleichung der Ergebnisse der Strafrechtspflege. Die Novelle vom 26. Februar 1876 brachte kolossale Schwankungen in die Statistik.¹⁾ Die Vermehrung der Antragsdelikte durch das R.St.G.B. war ein Fehler; dieser Erkenntnis konnte sich nach einigen Jahren niemand verschließen. Angriffe gegen die Person mehrten sich infolge der gesetzlich eröffneten Aussicht auf Straflosigkeit, während die Bestrafung solcher Angriffe im Vergleich zu der unmittelbar vorangegangenen Periode erheblich zurückging. Mit Beschränkung der Antragsdelikte verdoppelte sich die Thätigkeit der Strafgerichte; einzelne Rubriken der Statistik zeigten ein rapides Anschwellen und veranlaßten die Alarmsrufe über die maßlos steigende Kriminalität und die Unwirksamkeit des bestehenden Strafsystems. Eine unbefangene Prüfung des vorhandenen statistischen Materials hätte gleichwohl das Gesetz der Ruhe in der Bewegung finden können, denn selbst die höchsten Ziffern der Kriminalstatistik des Jahres 1877 gestatten keinen ungünstigen Vergleich mit den Ergebnissen der Statistik vor 10 und 20 Jahren.²⁾ Aufgeregte

¹⁾ Die bayerische Kriminalstatistik geht bis auf das Jahr 1835/36 zurück, gestattet aber erst mit Einführung des St.G.B. von 1861 eine Vergleichung mit den Ergebnissen der letzten Jahre. Der jährliche Durchschnitt der abgeurteilten Verbrechen der Körperverletzung in der Periode 1862/71 beträgt 86, in der Periode 1872/79 dagegen 126. Eine Zunahme läßt sich daraus nicht folgern. Wird statt der angedrohten Zuchthausstrafe auf Gefängnis erkannt, so behält nach den R.St.G.B. die That den Charakter eines Verbrechens, während sie nach dem St.G.B. von 1861 zum Vergehen herabsinkt. In den Jahren 1862/71 wurden durchschnittlich im Jahre 19500 Vergehen und Übertretungen, in den Jahren 1872/75 dagegen jährlich nur 16100 Vergehen der Körperverletzung abgeurteilt. Mit Einführung der Novelle vom 26. Februar 1876 stiegen die Aburteilungen wegen Vergehens der Körperverletzung im Jahre 1876 auf 22511, im Jahre 1877 auf 27979 und fielen im Jahre 1879 wieder auf 22319. Im Jahre 1869 war die Zahl der Aburteilungen wegen Körperverletzungen 24005, darunter 114 Verbrechen, 5777 Vergehen und 18114 Übertretungen.

²⁾ Das bayerische St.G.B. von 1861 behandelte die geringfügigen Angriffe gegen Person und Eigentum als Übertretungen. Im Jahre 1862 wurden von den bayerischen Gerichten abgeurteilt 645 Verbrechen, 8931 Vergehen und 73047 Übertretungen. Im Jahre 1869 stieg die Zahl der Aburteilungen auf 797 Verbrechen, 20113 Vergehen und 82726 Übertretungen des St.G.B. Im Jahre 1877

Zeiten dulden aber selten ein unbefangenes Urteil. Das politische Verbrechen ist eine unheimliche Signatur unsrer Zeit; die Gewalt seiner treibenden Motive wird, wie die Erfahrung der Gegenwart hundertfältig zeigt, durch die Schwere der ihm drohenden Strafe am wenigsten beeinflusst. Das Jahr 1878 brachte die infamen Attentate auf das Leben des deutschen Kaisers und die allgemeine Entrüstung über die bodenlose Verkommenheit und Verworfenheit der Verbrecher ließ die jüngsten Ergebnisse der Kriminalstatistik im düstersten Lichte erscheinen. Die von allen Seiten laut werdenden Klagen über die Verwilderung und Entfittlichung des Volkes fanden ihre juristische Beleuchtung in der bekannten Broschüre des Reichsgerichtsrates Dr. Mittelstädt „Gegen die Freiheitsstrafe“. Die Schwäche und Kurzsichtigkeit des modernen Strafsystems wird drastisch verglichen mit der energischen Justiz früherer Jahrhunderte, die Sehnsucht nach Wiedereinführung des Systemes der Leibes- und Lebensstrafen unverblümt ausgesprochen — für Entwicklung des Strafrechts allerdings dieselbe glückliche Idee wie für die Naturwissenschaft Rückkehr zu den Lehren des Paracelsus und Albertus Magnus. Gegen Dr. Mittelstädt schrieb Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze als Verteidiger des modernen Strafsystems und angeregt durch die Mittelstädt'sche Broschüre machte Irrenarzt Dr. Kräpelin, wie er glaubt, von höheren Gesichtspunkten aus, den ersten Schritt zu der ihm vorstehenden großen Umwälzung des Strafrechts, welche die Besserungstheorie rückhaltlos an Stelle der abgelebten Vergeltungstheorie setzen, das Strafmaß abschaffen, oder vielmehr, was den Kernpunkt des Vorschlages bildet, die Festsetzung desselben aus den Händen des Richters

wurden abgeurteilt 5954 Verbrechen und 84388 Vergehen; im Jahre 1879 dagegen 6393 Verbrechen und 72164 Vergehen. Selbst Bettel und Landstreicherei waren in der Statistik früherer Jahre schon mit höheren Ziffern vertreten als in der letzten Zeit, die mit Recht über starke Zunahme des Vagabundentums zu klagen hat. Im Jahre 1854 kamen in den Gebietsstellen diesseits des Rheins mit Ausschluß der Pfalz 108000 Übertretungen des Bettels und der Landstreicherei zur Anzeige, während die Zahl der Aburteilungen wegen Übertretung des § 361 des R.St.G.B. im Königreich von 39400 im Jahre 1872 auf 110000 im Jahre 1878 und 108900 im Jahre 1879 gestiegen sind. Die soeben vom Justizministerium herausgegebene Kriminalstatistik für das Jahr 1880 verzeichnet ganz unerwartet günstige Ergebnisse. Die Gesamtzahl der abgeurteilten Verbrechen beträgt 6692, der abgeurteilten Vergehen 57362, die Zahl der abgeurteilten Vergehen der Körperverletzung ist auf 13050 gesunken; auch die Zahl der abgeurteilten Übertretungen des § 361 St.G.B. ist, wenn auch nicht erheblich, niedriger als im Vorjahre und beträgt 104049.

in die des Strafvollzugsbeamten legen wird. Der neu entbrannte theoretische Streit führte auch die Praktiker auf mehr spekulative Gebiete. Anträge auf Reform und Ergänzung der Strafgesetze mehrten sich. Die rheinisch-westfälische Gefängnisgesellschaft veranlaßte ihren Agenten Pastor Stursberg zu den in weiteren Kreisen bekannt gewordenen Vorträgen über Zunahme der Verbrechen und Vergehen und ihre Ursachen sowie über die Vagabundenfrage und richtete auf Grund eines über Einwirkung der Trunksucht auf Zunahme der Verbrechen gesammelten ausgiebigen Materials Petitionen an den Reichstag um Erlassung eines Gesetzes über Bestrafung der Trunkenheit. Der nordwestdeutsche Verein für Gefängniswesen beschäftigte sich mit der vorläufigen Entlassung und verlangt, um sie im richtigen Maße gleichmäßig zur Anwendung zu bringen, Änderung des Strafgesetzbuchs und Verlängerung der Frist für den Widerruf. Die verschiedenartige Praxis der Justizverwaltungen der Bundesstaaten kam in der Reichstagsitzung vom 1. Februar 1881 zur Sprache, wobei der preussische Justizminister den handgreiflichen Widerspruch zwischen den jetzt zum guten Ton gehörenden Klagen über allzugroße Milde der Strafrechtspflege und zu große Strenge bei Handhabung der vorläufigen Entlassung hervorhob, gleichwohl aber eine mildere Praxis in Aussicht stellte. Die Klagen über allzugroße Milde der Strafrechtspflege fanden auch ihren Weg in die Versammlung der deutschen Strafanstaltsbeamten in Bremen, woselbst Geh. Oberregierungsrat Illing in Berlin in einem vorläufig nicht zur Abstimmung gebrachten Antrag den geringen Erfolg der Strafrechtspflege und insbesondere den hohen Prozentsatz der Rückfälligen auf Rechnung der milden Praxis der Strafgerichte gesetzt wissen wollte. Strafanstaltsdirektor Sichart in Ludwigsburg schrieb über die Rückfälligkeit der Verbrechen und die Mittel zu ihrer Bekämpfung und empfiehlt als wirksamsten Schutz bessere Ausnützung des Arbeitshauses zur Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern. Dieser schon von Dr. Mittelstädt und Dr. von Schwarze angeregte Gedanke hat auf den ersten Blick viel Bestechendes; allein abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, welche die weit verbreitete Finanzkalamität der sofortigen ausgiebigen Verwirklichung des Projektes durch Vermehrung der zur Bekämpfung des Vagabundentums nicht ausreichenden Arbeitshäuser entgegenstellt, hat die Sache doch auch ihre ernststen prinzipiellen Bedenken. Die verbreitetste Form gewohnheitsmäßigen Verbrechens ist Diebstahl und Diebstahl hat ausweislich der

Kriminalstatistik am meisten abgenommen.¹⁾ Das R.St.G.B. behandelt den Diebstahl im Rückfall mit großer Schärfe, und gestattet dem Richter die Strafe unter voller Berücksichtigung der vom Thäter bewiesenen Gemeingefährlichkeit auszumessen; soll sich an lange Zuchthausstrafen, auf die der Richter erkennen kann, auch noch langdauernde Verwahrung im Arbeitshaus reihen, das sich vom Zuchthaus in nichts unterscheidet, so würde sich die zeitliche Strafe, womit das St.G.B. den Diebstahl bedroht, in lebenslängliche verwandeln und ein Mißverhältnis zwischen Bestrafung des Diebstahls gegenüber andern schweren Thaten entstehen, welches mit den Begriffen von System und Recht kaum mehr vereinbarlich wäre.

Der Besserungszweck der Strafe hat in neuester Zeit viele Anfechtungen zu erleiden. Den Verbrecher zu bessern und nicht zu vernichten, ist eine eminent christliche Idee und steht im Einklang mit der Richtung unserer Zeit, die durch Gemeinnutz und Wohlthätigkeit hervorragend, die Lösung der sozialen Frage anbahnt und was praktisches Christenthum anlangt, frühere Jahrhunderte weit überflügelt. Der Besserungszweck der Strafe führte in der Theorie zu Überschwenglichkeiten; Besserung ist nicht der ausschließliche und nicht der wichtigste Zweck der Strafe. Besserung des Bestraften kann in den meisten Fällen nicht einmal versucht und in vielen Fällen nicht mehr erreicht werden, so wünschenswert sie auch sein mag. Die peinliche Kriminaljustiz des Mittelalters hat sich in eine vorwiegend korrektionalle Strafrechtspflege verwandelt.²⁾ Die ungeheure Mehrzahl der

¹⁾ Das R.St.G.B. behandelt den Diebstahl schärfer als das bayr. St.G.B. von 1861. Mit Einführung des R.St.G.B. in Bayern stieg die Zahl der abgeurtheilten Verbrechen des Diebstahls von 211 im Jahre 1871 auf 2372 im Jahre 1872. Im Jahre 1862 wurden abgeurtheilt 25099 Diebstähle, darunter 323 Verbrechen, 3428 Vergehen und 21348 Übertretungen; im Jahre 1879 wurden 16745 Diebstähle abgeurtheilt, 3591 Verbrechen und 13154 Vergehen. Noch erheblicher ist der Rückgang der Forstpolizeiübertretungen (Holzfrevel), die von 247000 im Jahre 1835 auf 142000 im Jahre 1879 gefallen sind.

²⁾ Unter den in den Jahren 1872—1879 in Bayern abgeurtheilten Straftthaten waren 1,7 Prozent Verbrechen, 20,5 Prozent Vergehen und 77,8 Prozent Übertretungen. Von den verurtheilten Personen wurden verurtheilt:

zu zeitiger Zuchthausstrafe	0,5 Prozent
zu Gefängnis	10,9 "
zu Haft	35,3 "
zu Geldstrafe	53,1 "
zu den übrigen Strafarten	0,2 "

Der durchschnittliche Betrag der in den Jahren 1877 mit 1879 erkannten zeitigen

erkannten Strafen sind leichter Art und gestatten keine Verbindung verschiedenartiger Zwecke. Der Besserungszweck der Strafe bleibt gleichwohl ein idealer Zug des modernen Strafrechts; diese Idee hat schon unendlich viel Gutes geschaffen und ist in ihrer stillen und verborgenen Wirksamkeit eine unversiegbare Quelle werththätiger Nächstenliebe. In unserer realistisch gefärbten Zeit wäre ohne diese Idee das Strafrecht die einfache Verkörperung des Selbsterhaltungstriebes der Gesellschaft und dieser Trieb ist im Menschen wie in der Gesellschaft zu instintiv mächtig, als daß ein idealer Hauch eine Schädigung oder Verkümmern seiner Aufgabe befürchten ließe. Jede Zeit hat bisher immer das ihrer Kultur entsprechende Strafsystem gefunden. Die Justiz hat sich noch keines Schutzmittels entäußert, das zur Aufrechthaltung des Rechtszustandes notwendig ist, nur ist sie maßvoller geworden und sucht sich auf das Notwendige zu beschränken. Die aller Orten auftauchenden Anstalten zur Erziehung verwahrloster Jugend¹⁾ sind eine neue Etappe in der Entwicklung der Idee des Besserungszweckes der Strafe, der den Abschreckungszweck verdrängt hat und auch für die weitere Entwicklung des Strafrechtes trotz aller Anfechtungen maßgebend bleiben wird.

Als die Kluft zwischen dem mittelalterlichen Strafrecht und der vorgeschrittenen Kultur im vorigen Jahrhundert feinfühlenden Naturen zuerst zum Bewußtsein kam, schrieb Beccaria: „Grausame Gesetze verhärten das menschliche Gemüt, das gleich Flüssigkeiten sich mit seiner Umgebung stets ins Gleichgewicht zu setzen sucht und die immer lebendige Kraft der menschlichen Leidenschaften bewirkt, daß nach hundert Jahren grausamer Bestrafung das Rad nicht mehr Schrecken einflößt als das Gefängnis. Die Strafe erreicht ihren Zweck, sobald das Übel der Strafe den scheinbaren Vorteil des Verbrechens übersteigt.“

Zuchthausstrafen betrug 2 Jahr 9 Monate, der Gefängnisstrafe 1 Monat 13 Tage, der Haftstrafe 4 Tage, der Geldstrafe 5 Mark. Auf lebenslängliche Zuchthausstrafe wurde in den Jahren 1872 mit 1879 in 13 Fällen erkannt, die Zahl der Todesurtheile beträgt 102, wovon soviel bekannt (die Statistik gibt keinen Aufschluß) 8–10 vollzogen wurden.

¹⁾ Über die gemeinnützige Thätigkeit auf diesem Gebiete gibt ein in Druck erschienener Vortrag des Geh. Oberjustizrathes Starke „Jugendliche Verbrecher in der Stadt Berlin“ interessante Aufschlüsse.